

Stenographischer Bericht

22. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

II. Periode — 10. Oktober 1951.

Inhalt:

Personalien:

Entschuldigt sind die Abg. Ertl, Hegenbarth, Hirsch, LR. Horvatek, Kandutsch, Peterka und Stockbauer. (414)
Nachruf anlässlich des Ablebens des ehemaligen Landesrates Josef Hollersbacher und des Bundesrates Hans Hladnik. (414)
Trauerkundgebung für die Opfer des Eisenbahnunglückes in Langenwang. (414)

Auflagen:

Antrag der Abg. Stöffler, Schlacher, Koller, Hirsch und Pötz, Einl.-Zl. 176, betreffend Übernahme der Gemeindestraßen Katzdorf—Trautmannsdorf im Bezirk Feldbach als Landesstraße,

Antrag der Abg. Koller, Thaller, Pötz, Stöffler, Hirsch und Berger, Einl.-Zl. 176, betreffend Übernahme der Gemeindestraße Fehring—Kapfenstein über Petersdorf und Gutendorf in der ungefähren Länge von 8 Kilometern als Landesstraße,

Antrag der Abg. Pötz, Egger, Berger, Stöffler, Schlacher und Ertl, Einl.-Zl. 177, betreffend Erledigung der Rentensuchen beim Landesinvalidenamts für Steiermark,

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 178, betreffend den Bericht des Rechnungshofes vom 30. November 1950, Zl. 4777-9/1950, über das Ergebnis der Gebarungüberprüfung der Stadtgemeinde Leoben für das Rechnungsjahr 1948,

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 179, betreffend Neubemessung des Ruhegenusses des Pflegers i. R. Franz Luksch, zuletzt in Dienstesverwendung bei der Landesheil- und Pflegeanstalt für Geisteskranke in Graz,

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 181, betreffend die gnadenweise Zurechnung von Jahren für die Bemessung des Ruhegenusses des Oberrechnungsrates i. R. Richard Kienreich,

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 182, betreffend Zuerkennung einer ao. Zulage zum Ruhegenuß des w. Amtsrates i. R. Regierungsrat Leo Scharnagl,

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 183, betreffend die gnadenweise Zurechnung von 10 Jahren zur Bemessung der Witwenpension der Oberstraßenmeisterswitwe Katharina Wordian,

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 184, betreffend die gnadenweise Zuerkennung einer ao. Zulage zur Witwenpension der Amtswartswitwe Käthe Gattermaier,

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 185, betreffend die Erklärung der Verbindungsstraße auf dem Bahnhofvorplatz Feldbach als Landesstraße,

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 187, betreffend Übernahme der Bürgschaft in der Höhe von 1.350.000 S durch das Land Steiermark für den an die Marktgemeinde Bad Aussee aus ERP-Mitteln bewilligten Kredit von 1.350.000 S,

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 188, betreffend den Bericht des Rechnungshofes vom 5. Jänner 1951, Zl. 4993-7/1950, über das Ergebnis der Gebarungüberprüfung des Gemeindeverbandes Murau für das Rechnungsjahr 1949 und Stellungnahme des Bezirkshauptmannes zum Überprüfungsbericht,

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 189, betreffend den Ankauf der Liegenschaft EZ. 1180, KG. Webling,

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 190, betreffend den Bericht über die Gebarung der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark im Rechnungsjahr 1949,

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 61, Gesetz über die Durchführung einer Volksbefragung in der Marktgemeinde Bad Aussee, betreffend die Trennung dieser

Gemeinde in die Marktgemeinde Bad Aussee und die Gemeinden Reitern und Straßen,

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 192, betreffend den Ankauf von Grundstücken zur Errichtung des neuen Amtsgebäudes,

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 193, betreffend Genehmigung eines Rückstellungsvergleiches und damit im Zusammenhang den Erwerb des Sanatoriums der Kreuzschwestern in der Heinrichstraße 31 für Zwecke der chirurgischen Abteilung des Kinderspitals,

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 194, betreffend den Abverkauf eines Grundstückes aus dem Gutsbestande des Landesgutes Lieboch zur Ansiedlung einer Landarbeiterfamilie,

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 195, betreffend den Abverkauf der im Eigentum des Landes Steiermark stehenden Stefflweiß-Liegenschaft, EZ. 103, KG. Eichberg, Gerichtsbezirk Arnfels, politischer Bezirk Leibnitz, an die Ehegatten Franz und Cäcilia Oswald, Landwirte in Eichberg-Trautenburg Nr. 104, Post Arnfels. (414)

Auslieferungsbegehren:

Begehren des Bezirksgerichtes für Strafsachen in Graz um Auslieferung des Landtagsabgeordneten Alfred Smolana wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre (Einl.-Zl. 186). (415)

Anträge:

Antrag der Abg. Thaller, Prassl, Wallner, Pötz, Stöffler und Ebner, betreffend Übernahme der Gemeindestraße Wörth—Wörtherberg über Stinanz—Vordersdorf—Stegersdorf in einer Länge von etwa 400 Metern von der Abzweigung der Landesstraße I. Ordnung St. Johann i. d. H. nach Neudau,

Antrag der Abg. Scheer, Kandutsch, Dr. Elsnitz, Strohmayer, Peterka, Birchbauer und Weinhandl, betreffend die beschleunigte Fertigstellung der Bundesstraße durch das obere Murtal,

Antrag der Abg. Plaimauer, Schupfer, Lackner, Sebastian, Operschall, Taurer, Wurm und Hofmann, betreffend Übernahme der Gemeindestraße, abzweigend von der Bundesgäusesstraße nach Johnsbach als Landesstraße II. Ordnung,

Antrag der Abg. Berger, Ebner, Thaller, Pötz und Stiboller, betreffend Übernahme des Güterweges in der Gemeinde Strallegg als Landesstraße,

Antrag der Abg. Stöffler, Schlacher, Dr. Allitsch und Dr. Amschl, betreffend Übernahme der Zufahrtsstraße zum Zivillughafen Graz-Thalerhof, die nächst km 8-700 der Bundesstraße abzweigt, als Landesstraße I. Ordnung,

Antrag der Abg. Dr. Elsnitz, Scheer, Kandutsch, Peterka, Strohmayer, Birchbauer und Weinhandl, betreffend Verfassungswidrigkeit bzw. Novellierung des Bundesgesetzes vom 22. August 1945, StGBI. Nr. 134, zur Wiederherstellung des österreichischen Beamtentums (BÜG.),

Antrag der Abg. Dr. Elsnitz, Scheer, Strohmayer, Peterka, Kandutsch, Birchbauer und Weinhandl, betreffend Einbeziehung sogenannter belasteter ehemaliger Nationalsozialisten in die Rentenversorgung nach dem Kriegsofopferfürsorgegesetz,

Antrag der Abg. Dr. Elsnitz, Peterka, Scheer, Kandutsch, Birchbauer, Weinhandl und Strohmayer, betreffend Einführung ermäßigter Postgebühren im Verkehr mit Westdeutschland, Italien und der Schweiz,

Dringlichkeitsantrag der Abg. Wallner, Dr. h. c. Machold, Dr. Elsnitz, Pözl und Genossen, betreffend Be-

hebung der Hochwasserschäden im Lande Steiermark, Ansuchen um Beitragsleistung durch den Bund (415)

Zuweisungen:

Die Anträge, Einl.-Zl. 175 und 176, der Landesregierung,
den Antrag, Einl.-Zl. 177, dem Fürsorgeausschuß,
die Regierungsvorlagen, Einl.-Zl. 178, 188 und die
Beilage Nr. 61 sowie das Auslieferungsbegehren, Einl.-Zl.
186, dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß,
die Regierungsvorlagen, Einl.-Zln. 179, 181, 182, 183,
184, 187, 189, 190, 192, 193, 194 und 195 dem Finanz-
ausschuß,
die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 185, dem Verkehrs-
und volkswirtschaftlichen Ausschuß, sodann Finanz-
ausschuß. (416)

Wahlen:

Wahl des Sekretärs Otto Rösch zum Mitglied des Bundesrates an Stelle des verstorbenen Bundesrates Hans Hladik und des Abg. Peter Edlinger als Ersatzmann. (416)

Wahl des Abg. Dr. Richard Kaan als Mitglied des Volksbildungsausschusses an Stelle des Abg. Alfred Smolana (420)

Wahl des Abg. Josef Stöffler als Ersatzmann in den Landeskulturausschuß an Stelle des Abg. Alfred Smolana (420)

Wahl des Abg. Georg Kandutsch als Ersatzmann in den Finanzausschuß an Stelle des Abg. Edmund Peterka. (420)

Verhandlungen:

Wahl des Sekretärs Otto Rösch zum Mitglied des Bundesrates und des Abg. Peter Edlinger als Ersatzmann. Redner: Abg. Pölzl (416), Erster Landeshauptmannstellvertreter Dr. h. c. Machold (417), Landesrat Dr. Elsnitz (418), Abg. Pölzl (419), Abg. Dr. Kaan (419). Annahme des Antrages (420).

Wahl des Abg. Dr. Kaan zum Mitglied des Volksbildungsausschusses, des LAbg. Josef Stöffler als Ersatzmann für den Landeskulturausschuß und des LAbg. Georg Kandutsch als Ersatzmann für den Finanzausschuß (420).

Annahme der Anträge (420).

Dringlichkeitsantrag der Abg. Wallner, Dr. h. c. Machold, Dr. Elsnitz, Pölzl und Genossen, betreffend Behebung der Hochwasserschäden im Lande Steiermark, Ansuchen um Beitragsleistung durch den Bund (420). Annahme des Antrages (420).

Beginn der Sitzung: 16 Uhr 15 Minuten.

Präsident **Thoma**: Ich eröffne die Herbsttagung 1951 und die 22. Sitzung des Steiermärkischen Landtages. Ich begrüße alle Erschienenen.

Entschuldigt sind: der 2. Präsident **Stockbauer**, Landesrat **Horvatek**, die Abg. **Hegenbarth**, **Hirsch**, **Ertl**, **Kandutsch** und **Peterka**. Entschuldigt hat sich Bundesrat **Pötsch**.

Es obliegt mir die traurige Pflicht, zweier Männer zu gedenken, die der Tod in letzter Zeit dahingerafft hat. Es sind dies der frühere Landesrat **Josef Hollersbacher** und der Bundesrat **Hans Hladnik**. (Alles erhebt sich von den Sitzen.)

Das lange Leben des ehemaligen Landesrates **Hollersbacher** war erfüllt von Arbeit für die Heimat, insbesondere für die steirische Bauernschaft. Er war in der 1. Republik Mitglied des Nationalrates, welcher Körperschaft er bis 1934 angehörte. Hernach war er bis März 1938

Landeshauptmannstellvertreter von Steiermark. Nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes stellte er seine bewährten Arbeitskräfte sofort wieder in den Dienst des wiedererstandenen Österreich. Er wurde am 25. November 1945 als Landtagsabgeordneter in den Steiermärkischen Landtag und vom Steiermärkischen Landtag am 28. Dezember 1945 zum Landesrat gewählt. Die Funktion als Landesrat hat er am 5. Juli 1948 zurückgelegt. Seine Verdienste als Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung, vor allem seine Verdienste für die steirische Bauernschaft sichern ihm ein bleibendes ehrendes Gedenken.

Hans Hladnik wurde vom Steiermärkischen Landtag am 5. November 1949 als Mitglied in den Bundesrat entsendet. Diese Funktion hat er bis zu seinem unerwarteten Tod ausgeübt. Auch hat Hladnik als Obmann des Kontrollausschusses der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft und als Sekretär des österreichischen Arbeitsbauernbundes durch viele Jahre öffentliche Funktionen bekleidet. Er hat mehreren Landtagssitzungen beigewohnt und dadurch sein Interesse an den Arbeiten der gesetzgebenden Körperschaft in Steiermark bekundet. Die Trauerkundgebung im Bundesrat hat bereits stattgefunden. Nun gedenken auch wir des Verstorbenen in Ehren.

Auch wollen wir in Trauer der vielen Opfer der Eisenbahnkatastrophe gedenken, die sich in der Nacht vom 25. auf den 26. September i. J. auf steirischem Boden in Langenwang ereignete. Tief erschüttert war die Bevölkerung in Steiermark, als sie von dieser Katastrophe und ihrem Umfang Kenntnis erhielt. Tief gefühlt war auch der Abschied von den Toten.

Ich danke, daß Sie sich zum Zeichen der Trauer von den Sitzen erhoben haben.

Anläßlich der Einladung zur heutigen Sitzung wurde die Tagesordnung allen Mitgliedern des Steiermärkischen Landtages bekanntgegeben. Sie enthält Zuweisungen, die Wahl eines in den Bundesrat zu entsendenden Mitgliedes und eines Ersatzmannes und die Wahl eines Mitgliedes des Volksbildungsausschusses sowie eines Ersatzmannes für den Landeskulturausschuß.

Den letzterwähnten Tagesordnungspunkt ergänze ich durch die Wahl eines Ersatzmannes in den Finanzausschuß.

Ich nehme die Zustimmung zu dieser Tagesordnung an, wenn kein Einwand erhoben wird. Ein Einwand wird nicht erhoben.

Es liegen auf:

Antrag der Abg. **Stöffler**, **Schlacher**, **Koller**, **Hirsch** und **Pötz**, Einl.-Zl. 175, betreffend Übernahme der Gemeindestraße **Katzendorf—Trautmannsdorf** im Bezirk **Feldbach** als Landesstraße,

Antrag der Abg. **Koller**, **Thaller**, **Pötz**, **Stöffler**, **Hirsch** und **Berger**, Einl.-Zl. 176, betreffend Übernahme der Gemeindestraße **Fehring—Kapfenstein** über **Petersdorf** und **Gutendorf** in der ungefähren Länge von 8 km als Landesstraße.

Antrag der Abg. Pötz, Egger, Berger, Stöffler, Schlacher und Ertl, Einl.-Zl. 177, betreffend Erledigung der Rentenansuchen beim Landesinvalidenamt für Steiermark,

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 178, betreffend den Bericht des Rechnungshofes vom 30. November 1950, Zl. 4777-9/1950, über das Ergebnis der Gebarungüberprüfung der Stadtgemeinde Leoben für das Rechnungsjahr 1948,

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 179, betreffend Neubemessung des Ruhegenusses des Pflegers i. R. Franz Luksch, zuletzt in Dienstesverwendung bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt für Geisteskranke in Graz,

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 181, betreffend die gnadenweise Zurechnung von Jahren für die Bemessung des Ruhegenusses des Oberrechnungsrates i. R. Richard Kienreich,

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 182, betreffend Zuerkennung einer ao. Zulage zum Ruhegenuß des Wirkl. Amtsrates i. R. Regierungsrat Leo Scharnagl,

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 183, betreffend die gnadenweise Zurechnung von 10 Jahren zur Bemessung der Witwenpension der Oberstraßenmeisterswitwe Katharina Wordian,

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 184, betreffend die gnadenweise Zuerkennung einer ao. Zulage zur Witwenpension der Amtswartswitwe Käthe Gattermaier,

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 185, betreffend die Erklärung der Verbindungsstraße auf dem Bahnhofvorplatz Feldbach als Landesstraße,

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 187, betreffend Übernahme der Bürgschaft in der Höhe von 1.350.000 S durch das Land Steiermark für den an die Marktgemeinde Bad Aussee aus ERP-Mitteln bewilligten Kredit von 1.350.000 S,

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 188, betreffend den Bericht des Rechnungshofes vom 5. Jänner 1951, Zl. 4993-7/1950, über das Ergebnis der Gebarungüberprüfung des Gemeindeverbandes Murau für das Rechnungsjahr 1949 und Stellungnahme des Bezirkshauptmannes zum Überprüfungsbericht,

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 189, betreffend den Ankauf der Liegenschaft EZ. 1180, KG. Webling,

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 190, betreffend den Bericht über die Gebarung der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark im Rechnungsjahr 1949,

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 61, Gesetz über die Durchführung einer Volksbefragung in der Marktgemeinde Bad Aussee, betreffend die Trennung dieser Gemeinde in die Marktgemeinde Bad Aussee und die Gemeinden Reitern und Straßen,

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 192, betreffend den Ankauf von Grundstücken zur Errichtung des neuen Amtsgebäudes,

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 193, betreffend Genehmigung eines Rückstellungsvergleiches und damit im Zusammenhang den Erwerb des Sanatoriums der Kreuzschwestern in der Heinrichstraße 31 für Zwecke der chirurgischen Abteilung des Kinderspitals,

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 194, betreffend den Abverkauf eines Grundstückes aus dem Gutsbestande des Landesgutes Lieboch zur Ansiedlung einer Landarbeiterfamilie,

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 195, betreffend den Abverkauf der im Eigentum des Landes Steiermark stehenden Stefflweiß-Liegenschaft, EZ. 103, KG. Eichberg, Gerichtsbezirk Arnfels, pol. Bez. Leibnitz, an die Ehegatten Franz und Cäcilia Oswald, Landwirte in Eichberg-Trautenburg Nr. 104, Post Arnfels.

Außerdem ist eingelangt laut Einl.-Zl. 186 das Begehren des Bezirksgerichtes für Strafsachen in Graz um Auslieferung des LAbg. Alfred Smolana wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre.

Eingebracht wurden folgende Anträge:

Antrag der Abg. Thaller, Praßl, Wallner, Pötz, Stöffler und Ebner, betreffend Übernahme der Gemeindestraße Wörth-Wörtherberg über Stinanz—Ollersdorf—Stegersdorf in einer Länge von etwa 400 m von der Abzweigung der Landesstraße I. Ordnung St. Johann i. d. H. nach Neudau,

Antrag der Abg. Scheer, Kandutsch, Dr. Elsnitz, Strohmayr, Peterka, Birchbauer und Weinhandl, betreffend die beschleunigte Fertigstellung der Bundesstraße durch das obere Ennstal,

Antrag der Abg. Plaimauer, Schupfer, Lackner, Sebastian, Operschall, Taurer, Wurm und Hofmann, betreffend Übernahme der Gemeindestraße, abzweigend von der Bundesgesäusestraße nach Johnsbach als Landesstraße II. Ordnung,

Antrag der Abg. Berger, Ebner, Thaller, Pötz und Stiboller, betreffend Übernahme des Güterweges in der Gemeinde Strallegg als Landesstraße,

Antrag der Abg. Stöffler, Schlacher, Dr. Allitsch und Dr. Amschl, betreffend Übernahme der Zufahrtsstraße zum Zivilflughafen Graz-Thalerhof, die nächst km 8.700 der Bundesstraße abzweigt, als Landesstraße I. Ordnung,

Antrag der Abg. Dr. Elsnitz, Scheer, Kandutsch, Peterka, Strohmayr, Birchbauer und Weinhandl, betreffend Verfassungswidrigkeit bzw. Novellierung des Bundesgesetzes vom 22. August 1945, StGBI. 134, zur Wiederherstellung des österreichischen Beamtentums (BÜG.),

Antrag der Abg. Dr. Elsnitz, Scheer, Strohmayr, Peterka, Kandutsch, Birchbauer und Weinhandl, betreffend Einbeziehung sogenannter belasteter ehemaliger

Nationalsozialisten in die Rentenversorgung nach dem Kriegsoffiziersgesetz,

Antrag der Abg. Dr. Elsnitz, Peterka, Scheer, Kandutsch, Birchbauer, Weinhandl und Strohmayer, betreffend Einführung ermäßigter Postgebühren im Verkehr mit Westdeutschland, Italien und der Schweiz,

Dringlichkeitsantrag der Abg. Wallner, Dr. h. c. Machold, Dr. Elsnitz, Pölzl und Genossen, betreffend Behebung der Hochwasserschäden im Land Steiermark und Ansuchen um Beitragsleistung durch den Bund.

Wir gehen zur Tagesordnung über. Unter der Voraussetzung, daß keine Einwendung erhoben wird, werde ich die Zuweisung aller aufliegenden Geschäftsstücke und des Auslieferungsbegehrens vornehmen. (Nach einer Pause.) Ein Einwand wird nicht erhoben.

Ich weise zu:

Die Anträge, Einl.-Zl. 175 und 176, der Landesregierung,

den Antrag, Einl.-Zl. 177, dem Fürsorgeausschuß,

die Regierungsvorlagen, Einl.-Zln. 178, 188 und die Beilage Nr. 61 sowie das Auslieferungsbegehren Einl.-Zl. 186 dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß,

die Regierungsvorlagen, Einl.-Zln. 179, 181, 182, 183, 184, 187, 189, 190, 192, 193, 194 und 195 dem Finanzausschuß,

die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 185, dem Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuß, sodann dem Finanzausschuß.

Ich nehme die Zustimmung zu diesen Zuweisungen an, wenn kein Einwand erhoben wird. (Nach einer Pause.) Ein Einwand wird nicht erhoben. Es verbleibt daher bei den von mir vorgenommenen Zuweisungen.

Wir kommen nun zu den auf der Tagesordnung stehenden Wahlen.

Ich schlage vor, diese Wahlen nicht mit Stimmzettel, sondern durch Erheben einer Hand vorzunehmen.

Ich nehme die Zustimmung zu diesem Vorschlag an, wenn keine Einwendung erhoben wird. (Nach einer Pause.) Ich stelle fest, daß ein Einwand nicht erhoben wird.

Wir haben zuerst die Wahl eines in den Bundesrat zu entsendenden Mitgliedes und eines Ersatzmannes vorzunehmen.

Da Bundesrat Hans Hladnik gestorben ist und der für Bundesrat Hladnik gewählte Ersatzmann Roman Spreitzhofer am 20. September 1951 eine Verzichtserklärung abgegeben hat, ist die Wahl eines in den Bundesrat zu entsendenden Mitgliedes und eines Ersatzmannes erforderlich.

Die Wahl der vorgenannten Personen wurde seinerzeit auf Grund eines Wahlvorschlages der Sozialistischen Partei Österreichs durchgeführt.

Es kommt daher dieser politischen Partei auch die Erstattung eines Wahlvorschlages für die heute vorzunehmende Wahl zu. Die Sozialistische Partei Österreichs schlägt nach dem mir zugekommenen Wahlvorschlag vor zum Mitglied des Bundesrates Otto Rösch, Sekretär in Graz, als Ersatzmann Abg. Peter Edlinger.

Abg. Pölzl: Hohes Haus! Der Landespartei-vorstand der SPÖ hat sich entschlossen, Otto Rösch als Bundesrat vorzuschlagen. Wer ist Otto Rösch, über den heute im Landtag abgestimmt werden soll, über den abgestimmt werden soll, ob er Bundesrat der Republik Österreich werden soll? Otto Rösch ist ein illegaler Nazi, der mit der Soucek-Bande, die sich schwere Terrorakte zuschuldenkommen ließ, in ernster Verbindung gestanden ist. Im Soucek-Prozeß wurde Otto Rösch wiederholt genannt. Otto Rösch war, nachdem er von der Deutschen Wehrmacht abgerüstet hat, als Leiter der Britischen Zensurstelle tätig. Er war gleichzeitig Leiter der SPÖ-Heimkehrerstelle. Als Soucek und seiner Bande wenigstens zum Teil das Handwerk gelegt wurde und die Leute hinter Schloß und Riegel gesetzt wurden, war auch Otto Rösch einer von ihnen. Er wurde von seinem Arbeitsplatz weg verhaftet und mit anderen Angestellten der Britischen Zensurstelle dieser Stelle enthoben, gekündigt. Im Soucek-Prozeß wurde Otto Rösch des öfteren genannt, und zwar in einem sehr eindeutigen Zusammenhang damit. Er war der Nachrichtenleiter der Soucek-Bande, aber er war noch mehr. Er hatte die Einlaufstelle für die Soucekbande inne und es wurde beim Prozeß einwandfrei festgestellt, daß er illegales Material für die Soucekbande übernommen und weitergegeben hat. Natürlich, Otto Rösch hat sich beim Prozeß herauswurzeln können; aber für jeden politisch denkenden Menschen ist es nach den beim Prozeß aufgezeigten Tatsachen klar, daß Otto Rösch höchstwahrscheinlich nicht nur illegale Drucksorten, sondern auch Sprengstoff und andere nette Dinge, mit denen die Soucek-Bande gearbeitet hat, dieser Bande vermittelt hat, ihr geholfen hat, ihre Terrorakte zu organisieren und durchzuführen. Aber nicht nur, daß beim Prozeß das einwandfrei geklärt und festgestellt wurde, ich bin auch der festen und begründeten Überzeugung, daß Rösch auch nach diesem Prozeß, nachdem man ihn freigelassen hat, intensive Verbindungen zu den noch übriggebliebenen Leuten der Soucek-Bande aufrechterhalten hat. Als er beim Prozeß sehr glimpflich losgekommen war, hat sich die sozialistische Landespartei-leitung veranlaßt gesehen, Rösch als Parteisekretär einzustellen und als solchen schlägt sie ihn nun für den Bundesrat vor. Wenn man nun die Frage aufwirft, wie ist die Vergangenheit von Otto Rösch? Ich habe selbst einmal Gelegenheit gehabt, mit diesem Herrn zu sprechen. Er hat mich hier vor dem Landtagssaal angesprochen und ich war neugierig, was Rösch für ein Sozialist ist. Er hat mir das erzählt, was er auch seinem Parteivorstand erzählt hat und allen

lehnen jede Einmischung entschieden ab. Dafür verspreche ich den Kommunisten für den — allerdings sehr unwahrscheinlichen — Fall, daß sie auch einmal in die Lage kommen sollten, hier im Hause einen Bundesratskandidaten in Vorschlag zu bringen, daß wir dann dies als ihre alleinige Angelegenheit betrachten und auch uns nicht einmengen werden.

Die kommunistische Presse versucht insbesondere aus dem Umstand, daß Otto Rösch Hauptmann bei der Wehrmacht war, einen Gegensatz zwischen ihm und der Arbeiterschaft zu konstruieren. Auch diese Methode der Herabsetzung eines Menschen wird von uns entschieden abgelehnt. Die große Überzahl der Soldaten und Offiziere, die den Krieg haben mitmachen müssen, waren charakterlich hochanständige Menschen.

So nebenbei möchte ich dabei darauf verweisen, daß die Kommunistische Partei ihre Auffassung über den Wert oder Unwert ehemaliger Offiziere höchst einseitig verflucht und vertritt. Beispielsweise findet sich in der Sonntagsnummer der Grazer „Wahrheit“ vom 7. Oktober ein auf auffallender Stelle platzierter Artikel, in dem der jetzige Mitarbeiter der „Wahrheit“, Herr Herbert Leskovar, geradezu dazu beglückwünscht wird, daß er ehemals Ordonnanzoffizier des Generals Schörner gewesen ist. Der Titel lautet: „Vom Ordonnanzoffizier Schörners zum „Wahrheit“-Redakteur.“ General Schörner ist bekanntlich jener deutsche militärische Führer in der Tschechoslowakei gewesen, der auch dann weiter gekämpft hat, als der von Hitler zum Nachfolger bestimmte Reichskanzler Admiral Dönitz namens des deutschen Armeekommandos den Befehl zur Kapitulation gab. General Schörner wurde deshalb auch von der kommunistischen Presse als Kriegsverlängerer besonders heftig angegriffen. Es besteht gar kein Zweifel darüber, daß der Ordonnanzoffizier dieses militärischen Heerführers von den Kommunisten in Grund und Boden verdammt werden würde, wenn er sich einer anderen politischen Partei angeschlossen hätte. Die Beurteilung ehemaliger Nationalsozialisten seitens der Kommunistischen Partei geschieht eben lediglich von dem einseitigen Standpunkte aus, ob die Betreffenden zum Kommunismus übergegangen sind oder nicht. Wer Kommunist geworden ist, der ist ein Ehrenmann und wird jubelt, alle anderen sind aber schlechte Kerle.

Meine Antwort auf die kommunistischen Ausführungen ist kurz und bündig: Die Kommunisten mögen sich um sich selbst und um ihre Partei bekümmern und sollen sich nicht in Angelegenheiten einmengen, die sie gar nichts angehen. Die Aufstellung des Kandidaten für die heutige Wahl zum Bundesrat ist lediglich eine Sache unserer Partei und wird auch von uns verantwortet werden.

Landesrat Dr. Elsnitz: Hohes Haus! Nachdem der Herr Abg. Pölzl, unser Salonkommunist, hier seine Weisheit bezüglich

des VdU vorgetragen und dabei die bezeichnende Meinung vertreten hat, daß der VdU verboten sei, nachdem er weiters die Würde dieses Hohen Hauses dazu in Anspruch genommen hat, zu fordern, man möge dem VdU verbieten, auf die Straße zu gehen und die geplante Großkundgebung am Sonntag abzuhalten, möchte ich Ihnen, Herr Abg. Pölzl, nur einen Satz aus Ihrer Presse vorlesen, um Ihnen zu zeigen, wie weit wir in Österreich gekommen sind. In Ihrer Zeitung vom 6. Oktober 1951 steht wortwörtlich zu lesen: „Im Kampf gegen den faschistischen VdU kann sich die Arbeiterklasse vor allem auf die mächtige Kraft der Sowjetunion verlassen.“ Das ist Landesverrat und nichts anderes! Sie haben demnach kein Recht, sich mit dem VdU auseinanderzusetzen. Wir fürchten auch die mächtige Kraft der Sowjetunion nicht, wir waren länger als 30 Monate dort als Soldaten und Herbert Leskovar war mein Untergebener. Er war als Untergebener und Offizier tadellos und wenn er sich zum Kommunismus bekennt, ist das sein eigener Wille, wir werden ihn nicht stören. Aber glauben Sie ja nicht, daß wir uns vor der Macht der Kommunistischen Partei fürchten. Wir werden nächsten Sonntag marschieren, wie es uns gefällt und wenn sich die Kommunistische Partei noch so sehr einbildet, uns stören zu können.

Wir hatten Gelegenheit, ein Telephonat anzuhören, weil man uns irrtümlicherweise angerufen hat. Sie forderten Ihre Mitglieder auf, unsere Kundgebung zu stören. Ich sage Ihnen aber öffentlich und in aller Deutlichkeit im Steirischen Landtag: Stören Sie soviel Sie wollen, wir haben vor der Kommunistischen Partei jetzt keine Angst und werden auch in Zukunft keine haben. Wenn dies alle Parteien tun würden, werden wir die Kommunisten zurückdrängen und auf jenen Platz verweisen, der ihnen mit Rücksicht auf ihre 5 % in unserem Vaterlande zukommt.

Da der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. h. c. Machold über General Schörner sprach, fühle ich mich verpflichtet, meine Bedenken gegen seine Auffassung zu äußern. General Schörner hat deswegen 3 Wochen lang weitergekämpft, weil er den Haß erkannt hat, der jene Soldaten, die aus dem Osten nach Deutschland gekommen sind, gegen die Bevölkerung in der Tschechoslowakei erfüllte, weil er die Soldaten selbst in Ordnung zurückführen und weil er schließlich vielen Familien die Möglichkeit geben wollte, nach Deutschland zurückzukehren. Es ist ein Verdienst Schörners, daß er rechtzeitig die Gefahr aus dem Osten erkannt hat. Heute haben wir Beweise in der Hand und schon bedeutende Journalisten haben es niedergelegt, daß anderen viel zu spät diese Gefahr aus dem Osten offenbar wurde.

Noch einmal, Herr Abg. Pölzl: Wenn die Kommunisten sich einbilden, sie können uns erschrecken, dann nehmen Sie und Ihre Redakteure zur Kenntnis, daß wir nicht einmal den Teufel fürchten, noch viel weniger aber die Kommunistische Partei!

Abg. Pölzl: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Machold hat anfangs seiner Rede zwar versprochen, er werde sich mit den Kommunisten nicht auseinandersetzen, in Wirklichkeit war aber seine ganze Antwort, wenn man sie als Antwort bezeichnen kann, nichts anderes als eine Auseinandersetzung mit den Kommunisten. Er führt den Soldaten Rösch an und stellt ihm den Soldaten Leskovar gegenüber. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter hat scheinbar zu wenig gut zugehört, als ich den Herrn Rösch charakterisierte. Ich habe nicht den Soldaten Rösch angegriffen, sondern die „Wahrheit“ hat wahrheitsgemäß festgestellt, daß Herr Rösch auch nach dem Kriege, auch dann, als der Faschismus illegal sein Haupt wieder erhob, mit der Soucek-Bande zusammengearbeitet hat und nicht als ein ehemaliger, sondern als ein heutiger Illegaler zu bezeichnen ist.

Der Herr Dr. Machold erklärt, die Kommunisten seien damit einverstanden, wenn ein ehemaliger Nazi Kommunist werde, dann sei alles gut, wenn er aber Sozialist werde, dann werde er als Nazi und als Faschist beschimpft. Davon kann keine Rede sein. Es handelt sich nicht darum, daß der Herr Rösch ein Sozialist geworden ist, sondern es handelt sich darum, daß es der Herr Rösch unter dem Patronat des Herrn Machold verstanden hat, sich sozialistisch zu deklarieren und das ist ein wesentlicher Unterschied. Es ist bezeichnend, auf welchem Flügel des Hohen Hauses es größte Genugtuung ausgelöst hat, daß der Herr Rösch in den Bundesrat kommt. Natürlich beim VdU! (Landesrat Dr. Elsnitz: „Wir sind ja Demokraten. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns!“) Das hat sogar dazu geführt, daß Herr Dr. Elsnitz sich berufen fühlt, den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter genauestens aufzuklären, wer der Kriegsverbrecher Schörner ist und für ihn, für den Gauner Schörner, hier im Landtag eine Lanze zu brechen. Durch die Politik von Leuten, wie es der Herr Dr. Machold ist, sind wir soweit gekommen, daß man in unserem Landtag auftreten und Kriegsverbrecher verteidigen kann. Soweit sind wir gekommen, daß es möglich ist, die ganze Arbeiterschaft zu beschimpfen und zu verunglimpfen (Heftige Gegenrufe bei SPÖ.), weil sie auf dem Standpunkt steht, daß die Faschisten auf der Straße nichts zu suchen haben. Herr Dr. Elsnitz, wenn die sozialistische Fraktion in diesem Landtag die Stimme der sozialistischen Arbeiterschaft nicht erhebt, ich werde diese Stimme erheben (Gelächter bei SPÖ.) und ich weiß, daß ich es mit Recht tue. Sie werden damit zu rechnen haben, daß die ganze österreichische Arbeiterschaft sich über den VdU volle Klarheit verschafft, damit nicht von neuem ein solches Elend und ein solches Verbrechen über unser Land gebracht wird, wie durch den Nazi-Faschismus. (Landesrat Dr. Elsnitz: „Ich bedaure, daß Sie die Gefahr aus dem Osten nicht erkannt haben!“) Wir verstehen sehr gut, daß Sie sich auf Journalisten aus dem Westen beziehen, Sie

bedauern ja nur, daß Sie nicht einen deutschen Faschismus zur Hand haben um über die Sowjetunion und die Volksdemokratien herzufallen. Es kann auch sein, daß es Leute gibt in Ihren Reihen — allzu viele werden es ja nicht sein nach den Erfahrungen, die sie gemacht haben —, die bereit wären, von neuem ein Gewehr zu ergreifen und gegen den Osten zu marschieren. Und wir haben vollkommen recht, wenn wir, nicht als Kommunisten, sondern als österreichische Arbeiter und als österreichische Menschen, sagen, wir freuen uns aus ganzem Herzen, daß es eine solche Kraft wie die Sowjetunion und die Volksdemokratien gibt, die dem Faschismus durch ihre ungeheuren Opfer ein Ende gemacht haben und die mithelfen werden in Europa, daß es nicht noch einmal Faschismus und Krieg gibt. (Zwischenruf bei ÖVP: „Nur mehr Kommunismus?“)

Abg. Dr. Kaan: Hohes Haus! Der Herr Abg. Pölzl hat heute die ÖVP ein wenig beiseite gelassen (Abg. Pölzl: „Sie ist ja nicht da, wie man bemerkt!“), weil er sich hauptsächlich mit den Entschlüssen der SPÖ als Partei befassen zu müssen glaubte. Daneben hat er auch einige kräftige Hiebe dem VdU zu versetzen versucht. Wenn ich als Abgeordneter der ÖVP zu dieser Debatte das Wort ergreife, so ist dies jedoch nicht durch die Ausführungen des Herrn Abg. Pölzl, sondern durch die Ausführungen des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Doktor Machold ausgelöst worden, und zwar durch jenen Satz, aus welchen wir eine Wendung in der Auffassung der SPÖ ersehen und mit welchen der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter klipp und klar erklärt hat, daß einmal mit der Besudelung und Herabziehung des Soldatentums aufgehört werden muß und daß der überwiegende Teil derjenigen österreichischen Männer, die das Soldatenkleid getragen haben, charakterlich einwandfrei war. Er hat damit vorgegriffen einem weiteren Einwurf, den der Herr Abg. Pölzl erhoben hat, indem er jemanden, ob das nun Schörner oder jemand anderer ist, als Kriegsverbrecher bezeichnet, wenn er als Soldat sein Bestes gegeben hat.

Als Teilnehmer beider Weltkriege, der das Ende beider Weltkriege mitgemacht hat, bitte ich die SPÖ, es mir nicht zu verübeln, wenn ich die heutige Erklärung des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters als eine ungeheuer erfreuliche Wendung bezeichne, die unsere vollste Zustimmung findet. Ich kann dem Gedankengang des Herrn Abg. Pölzl nicht folgen. Er unterscheidet zwischen dem Soldaten A und dem übrigen Menschen A. Wer wirklich Soldat war, weiß, daß Soldatentum den ganzen Menschen erfordert und den ganzen Menschen erfaßt. Wer sich als Soldat nicht bewährt hat, bewährt sich meistens im übrigen Leben auch nicht. In beiden Weltkriegen war das Soldatentum eine ungeheure Belastungsprobe. Wer diese Belastungsprobe bestanden hat, ist ein anständiger Mensch, im Soldatenkleid und auch außerhalb

desselben. Auf dieser Ebene allein will ich mich in diese Debatte eingemischt haben. Wir gratulieren der SPÖ, wir gratulieren eigentlich dem politischen Leben in unsrem Land überhaupt dazu, daß sich diese Auffassung nun durchgerungen hat.

Wir können aber auf gar keinem Fall der Kommunistischen Partei das Recht zubilligen, in dieser Frage überhaupt mitzusprechen. (Landesrat Dr. Elsnitz: „Sehr richtig!“) Es muß endlich einmal dieses Janusgesicht aufgezeigt werden! Rechts von dem Eisernen Vorhang gilt Soldatentum als das Höchste. Ich denke dabei an die ungarischen Friedensmarken mit dem Panzer und dem Mann mit der M.-P., wo also der Jugend Ungarns und der anderen Satellitenstaaten gezeigt wird, daß Tapferkeit und Treue, soldatischer Anstand hohe männliche Eigenschaften sind, während diesseits vom Eisernen Vorhang der Soldat als Kriegsverbrecher gilt. Dieses Janusgesicht glaubt Ihnen niemand mehr, der selbst einmal den Soldatenrock angehabt hat. Sie dürfen nicht meinen, daß Sie deswegen, weil Sie heute aus dem Anlaß der Nominierung eines Mandatars zum Bundesrat die ÖVP abseits gelassen haben, hier in dieser grundlegenden Frage eine Spaltung erzielen konnten.

Ich darf vielmehr mit Befriedigung feststellen, daß die Debatte volle Einigkeit in zwei Punkten gezeigt hat, und zwar eine Einigkeit aller drei anderen Parteien. Der eine Punkt ist, daß wir die demokratischen Grundsätze achten. Mag uns die Person des vorgeschlagenen Mannes auch in dem einen oder anderen Belang nicht ganz passen, das Recht zum Vorschlag und auch die Verantwortung für den Vorschlag trägt die SPÖ und wir beugen uns ihrem Vorschlag. Und in einer zweiten Hinsicht haben Sie heute die Einigkeit des Hauses ungewollt hervorgerufen: daß das Soldatentum, egal auf welcher Seite immer, nicht wegen des Soldatentums als solchem bespuckt werden darf. Der Mann, der den Rock des Soldaten getragen hat, ist deswegen noch lange kein Kriegsverbrecher. (Beifall. — Bravorufe bei ÖVP. und VdU.)

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft, wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, welche dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschlecht.)

Der Antrag ist angenommen.

Ich ersuche den Obmann des Landtagsklubs der Sozialistischen Partei Österreichs um die Erklärung, ob die beiden Gewählten die Wahl annehmen.

Landeshauptmann - Stellvertreter **Dr. h. c. Machold:** Sie nehmen die Wahl an.

Präsident: Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Wahl eines Mitgliedes des Volksbildungsausschusses, eines Ersatzmannes für den Landeskulturausschuß und eines Ersatzmannes für den Finanzausschuß.

Der Steiermärkische Landtag hat in der 1. Sitzung am 5. November 1949 auf Grund des Wahlvorschlages der Österreichischen Volkspartei unter anderen Landtagsabgeordneten den Abg. Alfred Smolana als Mitglied in den Volksbildungsausschuß und als Ersatzmann in den Landeskulturausschuß entsendet.

Durch den Ausschluß des Abg. Smolana aus der Österreichischen Volkspartei, welcher Ausschluß auch die Veranlassung gab, ihm einen neuen Platz im Landtagssitzungssaal zuzuweisen, ist die österreichische Volkspartei in den beiden vorerwähnten Ausschüssen in der vom Landtag bestimmten, ihrer Stärke entsprechenden Verhältniszahl nicht mehr vertreten. Um diese Verhältniszahl wieder herzustellen, ist eine Neuwahl erforderlich.

Ferner hat der Steiermärkische Landtag in der Sitzung am 5. November 1949 auf Grund des Wahlvorschlages des Verbandes der Unabhängigen den Abg. Edmund Peterka als Ersatzmann in den Finanzausschuß gewählt. Da dieser Abgeordnete diese Stelle zurückgelegt hat, ist nach dem vorliegenden Antrag des VdU ein neuer Ersatzmann für den Finanzausschuß zu wählen.

Es wird von Seite der Österreichischen Volkspartei vorgeschlagen, an Stelle des Abg. Smolana den Landtagsabgeordneten Dr. Richard Kaan als Mitglied in den Volksbildungsausschuß und den Landtagsabgeordneten Josef Stöffler als Ersatzmann für den Landeskulturausschuß zu wählen. Ferner schlägt der Verband der Unabhängigen vor, an Stelle des Abg. Peterka den Landtagsabgeordneten Georg Kandutsch als Ersatzmann in den Finanzausschuß zu wählen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesen Wahlvorschlägen zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschlecht.)

Die Wahlvorschläge sind angenommen.

Ich bringe nunmehr, bevor ich weiterschreite, den Dringlichkeitsantrag zur Verhandlung, der eingebracht wurde von den Abg. Wallner, Machold, Elsnitz und Pölzl, betreffend die Behebung der Hochwasserschäden im Lande Steiermark, Ansuchen um Beitragsleistung durch den Bund.

Ist hiezu eine Wortmeldung vorgesehen? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall. Ich bringe daher den Dringlichkeitsantrag, der entsprechend unterstützt ist, zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, welche ihm zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschlecht.)

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich gebe noch folgendes bekannt:

Laut Einl.-Zl. 170 haben die Abg. Stöffler, Dr. Amschl, Schlacher, Wegart und Ertl am 12. Juni 1951 den Antrag gestellt, die

Bundesregierung aufzufordern, für die eheste Verabschiedung eines Gesetzes durch den Nationalrat besorgt zu sein, durch welches für alle Neubauten eine Befreiung von der Grundsteuer eintreten soll.

Eine weitere Behandlung dieses Antrages im Steiermärkischen Landtag erübrigt sich, weil in der Zwischenzeit der Nationalrat nach dem im Bundesgesetzblatt Nr. 157 verlautbarten Bundesgesetz vom 11. Juli 1951 Grundsätze über eine zeitliche Befreiung von der Grundsteuer für Neu-, Zu-, Auf-, Um- und Einbauten erlassen hat. Es ist nunmehr Aufgabe der Landesregierung, das Ausführungsgesetz zu diesem Bundesgrundgesetz baldmöglichst im Landtag einzubringen.

Schließlich ersuche ich die Landtagsausschüsse, denen heute Geschäftsstücke zugewiesen wurden oder die noch offene Geschäftszahlen aus früherer Zeit aufweisen, die Ausschußberatungen sobald als möglich aufzunehmen, damit sich der Landtag mit den verhandlungsreifen Gegenständen noch zu einer Zeit befassen kann, in der die Beratungen über den Landesvoranschlag für das nächste Kalenderjahr die Erledigung der übrigen Gegenstände nicht behindern.

Im Sinne dieses Ersuchens hat der Obmann des Gemeinde- und Verfassungsausschusses die

nächste Sitzung dieses Ausschusses für Montag, den 15. Oktober 1951, 8 Uhr 30, im Bibliothekszimmer im Landhaus einberufen. Zur Beratung gelangen:

Der Gesetzentwurf über die Durchführung einer Volksbefragung in der Marktgemeinde Bad Aussee, betreffend die Trennung dieser Gemeinde in die Marktgemeinde Bad Aussee und die Gemeinden Reitern und Straßen,

die Regierungsvorlage, betreffend den Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis der Gebärungsüberprüfung 1949 der Stadtwerke Graz und die hierzu abgegebene vorläufige Stellungnahme des Bürgermeisters der Landeshauptstadt Graz und schließlich

das Begehren um Auslieferung des Landtagsabgeordneten Alfred Smolana.

Da schriftliche Einladungen für diese Sitzung des Gemeinde- und Verfassungsausschusses nicht ausgegeben werden, wiederhole ich, daß die Sitzung am Montag, den 15. Oktober 1951, um 8 Uhr 30 im Bibliothekszimmer im Landhaus stattfinden wird.

Die nächste Landtagssitzung wird im schriftlichen Wege einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 17 Uhr 15 Minuten.)